Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(17.12.1975) Drucksache 9/39

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / **39 S**
17. 12. 75

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2

Der Petitionsausschuß hat am 17. Dezember 1975 die nachstehend aufgeführten fünf Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 8/203	Beschwerde gegen das Entfernen bzw. Umsetzen von Bäumen in einem Kleingartengebiet	Es ist zu einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung gekommen.
S 8/269	Beschwerde über die schwierigen Verhältnisse des ruhenden Verkehrs in unmittelbarer Nähe der Rolandklinik	Die Beschwerde ist berechtigt. Eine wesentliche Verbesserung wird hier jedoch mit der Fertigstellung des Parkplatzes der Landespolizeischule im Frühjahr 1976 erreicht werden.
S 8/259	Prüfung einer Ablehnung als Aushilfskraft für vorbereitende Arbeiten anläßlich der Bürgerschaftswahl 1975	Aufgrund bestehender unterschiedlicher Auffassungen zweier Ämter ist es bedauerlicherweise zu der Ablehnung gekommen, die möglicherweise vermeidbar gewesen wäre.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 8/247	Beschwerde über Benachteiligung durch Versagung des prüfungsfreien Aufstiegs in den gehobenen Polizeivollzugsdienst	Der Petent erfüllte nicht die geforderten Zulassungsvoraussetzungen, so daß seine Bewerbung deshalb nicht berücksichtigt werden konnte. Im übrigen wurde eine gleichlautende Dienstaufsichtsbeschwerde ebenfalls als unbegründet zurückgewiesen.
S 9/5	a) Anfechtung und Wiederholung der Bürgerschaftswahl 1975	a) Die Frist für die Anfechtung der diesjährigen Bürgerschaftswahl ist am 5. November 1975 abgelaufen. Die Befugnis zur Anordnung einer Wiederholungswahl steht allein den Wahlprüfungsgerichten zu.
	b) Vorwürfe gegen die Polizei in Bremerhaven während des Wahlkampfes	b) Die erhobenen Vorwürfe haben sich als unberechtigt erwiesen.

Druck: Bremer Nachrichten GmbH